

# Die Gefahr am Horizont

**Fessenheim** Seit vierzig Jahren kämpfen Umweltschützer und Behörden aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz für die Abschaltung des AKW Fessenheim. Der Entscheid eines Gerichts in Paris macht nun klar: Der Kampf war anstrengend. Und fruchtlos.



Vierzig Jahre Kampf. Der Basler Grossrat Jürg Stöcklin engagiert sich seit 1977 gegen das AKW in Fessenheim. Foto: Christian Flierl (13 Photo)

## Philipp Loser

Der Rheinkanal liegt still, ein Frachtschiff zieht lautlos vorüber, über den Birken hängt der Nebel tief. Kein Ton, nichts. Verlassenes Land, alles grau und braun und beige und tot. Eine Szenerie wie gemalt für die Fabrik ennet dem Kanal.

Plötzlich, ein Geräusch. «Monsieur Trappchch, allerchch Section Dixhuitch.» Der Wind trägt scheppernde Anweisungen über den Rhein, ausgestossen von einer Lautsprecheranlage, die wie ein sentimentaler Gruss aus einer vergangenen Zeit tönt. Jürg Stöcklin muss lächeln. «Wir besichtigen hier Industriegeschichte aus dem vergangenen Jahrhundert.»

Stöcklin stand schon oft hier, auf diesem Feldweg gegenüber dem Atomkraftwerk Fessenheim. Gebaut im französischen Niemandsland und doch mitten unter Menschen. Knapp 40 Kilometer beträgt die Luftlinie nach Basel, 25 Kilometer nach Freiburg im Breisgau, knapp 20 Kilometer nach Colmar. «Die Leute hier haben Angst.»

Jürg Stöcklin, Biologe und langjähriger Grossrat für die Basler Grünen, ist seit zwei Jahren pensioniert, er hat jetzt einen Obstgarten und Hobbys. Am Nachmittag will er nach Zürich fahren, um sich eine Ausstellung über einen asiatischen Maler anzusehen. Doch jetzt steht er hier, knapp hundert Meter von Fessenheim entfernt, und erzählt, was er die vergangenen vierzig Jahre gemacht hat, was er immer noch macht, was ihn auch heute noch nicht loslässt. «Ich habe schon gegen dieses Atom-

kraftwerk protestiert, da stand es noch gar nicht», sagt Stöcklin, der heute den trinationalen Atomschutzverband präsidiert, ein Zusammenschluss von rund hundert Städten und Gemeinden gegen Fessenheim, gegründet 2005.

Damals, als das Kraftwerk noch nicht stand, war das Jahr 1977, Stöcklin Mitte 20 und vom Kommunismus überzeugt. Mit der Revolutionären Gruppe Basel kämpfte er gegen den Bau des AKW. Aus ideologischen Gründen, aber auch wegen Sicherheitsbedenken. Fessenheim, das Dorf, befindet sich mitten in einer Erdbebenzone. Je nach Windrichtung wären bei einem gröberen Störfall eine bis zwei Millionen Menschen von radioaktiven Wolken betroffen.

### «Qu'est-ce que vous faites ici?»

Stöcklin will gerade ausholen und erzählen, wie er sich vom Kommunismus weg und hin zu den Grünen bewegte, warum der Widerstand gegen den Bau des AKW in Kaiseraugst im Aargau zur gleichen Zeit erfolgreich war und jener gegen Fessenheim nicht (Frankreich mag Atomkraft noch etwas mehr als die Schweiz), als sich ein Auto nähert, dessen Geschwindigkeit nicht einem Feldweg angepasst ist. Es rast.

Aus dem Jeep springen drei Gendarmen, Tarnanzug, Schutzwesten, der Sicherheitsbügel über dem Pistolenhalter geöffnet. «Qu'est-ce que vous faites ici?» Die Polizisten reden freundlicher, als sie ausschauen. Sie haben es nicht zum ersten Mal mit Journalisten auf diesem Feldweg zu tun. Ob wir eine Bewilligung haben, fragen sie, ob das Werk

Bescheid wisse. Den Grund, warum wir heute hier sind, den kennen die Gendarmen schon. «Le décret, n'est-ce pas?»

Das Dekret, ja. Die Entscheidung fiel vor knapp zwei Wochen in Paris. Das höchste Verwaltungsgericht des Landes erklärte das Schliessungsdekret der ehemaligen Umweltministerin Ségolène Royal, wonach Fessenheim möglichst bald vom Netz müsse, für ungültig. Das Urteil, ausgelöst durch Beschwerden der Kraftwerksbetreiber und Gewerkschaften, die den Verlust von Arbeitsstellen in Fessenheim fürchteten, ist das bittere Ende eines politischen Versprechens, das fast so alt scheint wie die Lautsprecher der Anlage: Fessenheim wird geschlossen. Das AKW ist das älteste in Frankreich, und es erfüllt die europäisch festgelegten (aber nicht verbindlichen) Sicherheitsrichtlinien für Atomkraftwerke schon lange nicht mehr.

Zum Erdbebenstandort kommen andere Bedenken: Das Werk befindet sich unter dem Wasserspiegel des Rhein-Seitenkanals und würde bei einem Dammbrech überflutet. Das Fundament der Anlage ist nur 1,5 Meter dünn, so dünn wie bei keinem anderen französischen Kraftwerk. Dazu haben unabhängige Gutachten nach der Katastrophe in Fukushima 2011 festgestellt, dass zentrale Sicherheitssysteme bei einem Notfall nicht genügen würden.

Zu diesen Bedenken kommt eine lange Liste von Störfällen. Der gravierendste ereignete sich 2014, als Wasser in das Kraftwerk eindrang und einer der beiden Reaktoren abgeschaltet werden musste. Erst zwei Jahre später wurde

bekannt, wie schwerwiegend der Vorfall wirklich gewesen war. Die Abschaltung hatte nicht richtig funktioniert, die Betreiber mussten den Reaktor notfallmässig mit stark borsäurehaltigem Wasser fluten. Eine vergleichbare Situation hatte es in Westeuropa bisher nicht gegeben, die Atomaufsichtsbehörde vertuschte den Vorfall.

Das flog 2016 auf, und das Versprechen der Regierung, Fessenheim abzuschalten, war damals schon vier Jahre alt. Präsident François Hollande hatte vor seinem Amtsantritt 2012 gelobt, das AKW bis Ende 2016 zu schliessen. «Allerdings war die Rechtsgrundlage von Hollands Versprechen etwas dünn», sagt Jürg Stöcklin. Um in Frankreich ein Atomkraftwerk abstellen zu können, braucht es entweder eine Verfügung der Atomaufsichtsbehörde oder die Einwilligung des Betreibers, der Electricité de France (EDF). Beides fehlte. Dennoch bekräftigten Hollande und später auch sein Nachfolger Jahr für Jahr die Absicht, Fessenheim zu schliessen, nur die Daten für die Stilllegung änderten sich. Zuerst war es 2016, dann 2017, dann 2018.

«Man kann der französischen Regierung leider nichts mehr glauben.» Das sagt Sylvia Kotting-Uhl, grüne Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg. Sie setzt sich auch schon mindestens zehn Jahre für eine Schliessung des Werks ein, und heute muss sie sagen: Wahrscheinlich hat es nicht viel genützt. «In Frankreich hat sich die Politik völlig aus dem Thema herausgenommen und alle Entscheidungen den Betreibern überlassen. Man spürt einfach, dass

Frankreich als Atommacht eine andere Einstellung zur zivilen Nutzung von nuklearer Energie hat als andere Länder.» Die Regierung Hollande habe sich zwar bemüht, eine neue Umweltpolitik zu verfolgen, doch sie sei letztlich an der Macht der Energiekonzerne gescheitert. Ziemlich kläglich sogar.

### Frühestens 2020

Nach dem Entscheid des Gerichts in Paris liegt es nun wieder ganz in der Hand der EDF und der Aufsichtsbehörde, wann das Atomkraftwerk abgeschaltet werden soll. Offenbar hat der Energiekonzern der Aufsichtsbehörde gemeldet, dass man die nächste 10-Jahres-Überprüfung nicht mehr durchführen werde, zu gross wären die nötigen Investitionen. Voraussichtliches Abschaltdatum Reaktor 1: September 2020. Reaktor 2: August 2022. Verifizieren lässt sich das nicht, auf Anfragen dieser Zeitung reagierte die EDF nicht.

«Es ist schon sehr wahrscheinlich, dass es dann klappt, weil ohne weitere 10-Jahres-Überprüfung die Betriebsbewilligung ausläuft», sagt Stöcklin. Doch er will nicht einfach warten. Zu gross das Risiko, dass es bis dahin weitere Unfälle gibt. Er und sein Verein drängen deshalb auf eine sofortige Abschaltung. Sie haben nach dem Entscheid in Paris entsprechende Briefe an die EDF und die Aufsichtsbehörde geschickt. Klagen sollen folgen. Vielleicht geht es ja doch etwas schneller. Aufhören mit dem Widerstand, das wird Stöcklin erst, wenn die Gefahr am Rhein beseitigt ist. Und nur die Stille bleibt.